

Friedensgruppen bereiten Petition zum Stopp deutscher Waffenlieferungen in die Nahostregion vor

Eine Petition zum Stopp deutscher Waffenlieferungen in die Nahostregion hat die „Kooperation für den Frieden“, ein Bündnis von über 40 deutschen Friedensorganisationen und -initiativen am vergangenen Sonntag auf ihrer diesjährigen Vollversammlung in Minden beschlossen. Die Petition soll öffentlich verbreitet und Ende Oktober dem deutschen Bundestag zugeleitet werden.

Die Petition wendet sich konkret gegen die geplanten Lieferungen von deutschen U-Booten und des gepanzerten Mannschaftstransporters „Dingo“ an die israelischen Streitkräfte. Schon jetzt haben über die „Kooperation für den Frieden“ hinaus weitere Friedensorganisationen ihre Unterstützung zugesagt.

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

Keine Rüstungslieferungen nach Nahost!
Petition an den deutschen Bundestag

Die Unterzeichner dieser Petition legen Beschwerde ein gegen die Entscheidungen des Bundessicherheitsrats, der Lieferung von zwei U-Booten der Dolphin-Klasse sowie der Lieferung eines Testexemplars des gepanzerten Truppentransportfahrzeugs „Dingo 2“ nach Israel zuzustimmen. Mit dieser Zustimmung wird sowohl gegen den Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren als auch gegen die deutschen Richtlinien zum Rüstungsexport verstoßen.

Mit unserer Beschwerde wollen wir erreichen, dass die gewährten Ausfuhrgenehmigungen zurückgenommen werden, und das gelieferte Testexemplar des „Dingo 2“, falls bereits geliefert, unverzüglich in die Bundesrepublik Deutschland zurück verbracht wird. Wir fordern die verantwortlichen Ministerien des Auswärtigen sowie für Wirtschaft und insbesondere den Bundessicherheitsrat auf, sich strikt an den o.g. Verhaltenskodex und die Richtlinien zu halten, nach denen eine Ausfuhrgenehmigung verweigert werden sollte, wenn

- bewaffnete Konflikte heraufbeschworen bzw. verlängert oder bestehende Spannungen oder Konflikte verschärft würden,
- eindeutig das Risiko besteht, dass der Empfänger das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zu aggressiven Zwecken gegen ein anderes Land oder zur gewaltsamen Durchsetzung eines Gebietsanspruchs benutzen würde,

und dass Kriegswaffenlieferungen nicht genehmigt werden in Länder,

- die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht,
- in denen bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrecht erhalten oder verschärft würden.

Diese Kriterien treffen auf Israel, aber auch auf andere Länder der Region eindeutig zu.

Wir bitten den deutschen Bundestag auf dem Wege dieser Petition, die Bundesregierung zu friedensfördernder Diplomatie aufzufordern, statt durch weitere Aufrüstung die Gewalteskalation in der Nahost-Region zu fördern.

Aachener Friedenspreis e.V.

Ak Nahost Berlin

Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden e.V. (AGDF)

Arbeits- und Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
BBU e.V.

BUKO-Kampagne Stoppt den Rüstungsexport, Bremen

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

BUND Südpfalz

Bundesverband Deutsch-arabischer Vereine e.V.

Deutsch-Palästinensischer Frauenverein

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Ellen Rohlf (Gush Shalom)

FI Nottuln
Frauen in Schwarz Deutschland
Friedensforum Mönchengladbach
Friedensgruppe Altenholz
Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.
IALANA, deutsche Sektion der International Association of Lawyers against Nuclear Arms
IPPNW-Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs, Deutsche Sektion
Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost
Kooperation für den Frieden
Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.
Libanesischer Kulturverein e.V.
Münchener Bündnis gegen Krieg und Rassismus
Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen und Christen
Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.
Pax Christi, deutsche Sektion
Ramsteiner Appell
Zentrum für Konfliktforschungen (ZfK/CCS) an der Philipps-Universität Marburg

Die Petition wird in Kürze online zur Unterzeichnung zur Verfügung stehen (www.ippnw.de), außerdem ist ein Info-Blatt mit Unterschriftenliste in Vorbereitung, welches dann beim Bonner Büro des Netzwerks Friedenkooperative abgerufen werden kann.

Nachfragen und Rückmeldungen an Kristian Golla, Netzwerk Friedenkooperative „Kristian Golla“ <friekoop@bonn.comlink.org>, Tel. 0228-692904.